

## „Dach über dem Kopf ist ein Grundrecht“

17.09.2012 - WIESBADEN

Von Bertram Heide

### HESSISCHER MIETERTAG OB Müller fordert Ersatz für die Fehlbelegungsabgabe zur besseren Finanzierung des Wohnungsbaus

Sie hat es nicht leicht beim Hessischen Mietertag im Kurhaus. Petra Müller-Klepper, Staatssekretärin im Sozialministerium, würdigt sozialstaatliche Errungenschaften, sieht den „staatlichen Wohnungsbau dabei an prominenter Stelle“; schließlich sei das „Dach über dem Kopf ein implizites Grundrecht“.

Immerhin 62,5 Millionen Euro stelle das Land für den Wohnungsbau zur Verfügung. Das seien allerdings reine Bundesmittel, hält ihr Wolfgang Hessenauer, der Vorsitzende des Hessischen Mieterbundes, entgegen. Zudem sehe das Föderalismuskonzept, erarbeitet vom Bund und den Ländern, vor, dass das Land die gleiche Summe nochmals dazulegen sollte. Und dann wären das immerhin 125 Millionen. Das Land wiederum habe jedoch nur 600 Wohnungen pro Jahr erstellt, benötigt würden allerdings 2500.

Das Föderalismuskonzept sei ohnehin in diesem Punkt nur in Bayern und Nordrhein-Westfalen umgesetzt worden, muss sich die Staatssekretärin vom renommierten Kölner Armutsforscher Prof. Dr. Christoph Butterwegge vorhalten lassen. Aber als er sein Referat zum Thema „Neue Armut - Neue Wohnungsnot“ hält, hat die Staatssekretärin bereits den Christian-Zais-Saal verlassen.

Die Landesregierung sieht der Mieterbund ohnehin auf einem wohnungspolitischen Irrweg. Mit dem Wohnraumförderungsgesetz werde in erster Linie die Bildung von Wohneigentum gefördert. Maximal darf ein Alleinstehender 22 000 Euro pro Jahr verdienen, ein Ehepaar 37 000 Euro, um in den Genuss der Fördermittel zu kommen. Diese Rechnung gehe vielleicht im ländlichen Raum noch auf, nicht aber in den Ballungsräumen mit ihren extrem hohen Grundstückspreisen. Da könnten solche Einkommensbezieher froh sein, wenn sie sich überhaupt eine adäquate Mietwohnung leisten könnten, stellt Wolfgang Hessenauer fest.

Eine umso größere Bedeutung komme deshalb den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften zu, betont Oberbürgermeister Helmut Müller in seinem Grußwort. Und diese städtischen Unternehmen würden in Wiesbaden sogar Gewinne erzielen, die zur Refinanzierung bei der energetischen Sanierung, aber auch beim Wohnungsneubau verwendet werden könnten.

„Die Unternehmen sind ein wichtiger Hebel kommunaler Wohnungspolitik“, ist der OB überzeugt. Scharf kritisiert er die Abschaffung der Fehlbelegungsabgabe, die maßgeblich zur Finanzierung kommunaler Wohnungsbauvorhaben beigetragen habe. „Wir brauchen eine Nachfolgeregelung“, lautet sein Appell an die Landesregierung angesichts der Not am Wohnungsmarkt.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge liefert den Delegierten aus den 24 Ortsvereinen des hessischen Mieterbundes reichlich Zündstoff für künftige Diskussionen und politische Auseinandersetzungen. Er spricht von einer unerträglichen Armut in einem reichen Land. Das Problem werde „verharmlost und verdrängt“, die Gesellschaft sei dringend zu einer breiten Diskussion aufgefordert.

„Armut ist weit mehr als wenig Geld zu haben“, sagt der Wissenschaftler und wirft den Politikern in diesem Zusammenhang vor, in einer Parallelgesellschaft zu leben. Da werde darüber diskutiert, dass fünf Euro mehr an Hartz IV doch zu viel sein könnte. Bei monatlich 720 bis 900 Euro brutto sei man nicht von Armut bedroht, postuliere die Politik. „Nein“, sagt der Armutsforscher, „mit einem solchen Einkommen ist man in einer deutschen Großstadt bereits arm.“ Jedenfalls sei die



Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist gespannt, stellten mehrere Redner auf dem Mietertag fest.  
Foto: RMB/Friedrich Windolf

### NEUWAHLEN

Einstimmig in seinem Amt als Vorsitzender des Hessischen Mieterbundes wurde der frühere Wiesbadener Sozialdezernent Wolfgang Hessenauer bestätigt. Er ist damit bis 2014 gewählt.

Neu in den Landesvorstand des Mieterbundes zieht der amtierende Wiesbadener Bürgermeister Arno Goßmann (SPD) ein. Auch er konnte das einstimmige Votum der Delegierten aus 24 Ortsvereinen auf sich vereinigen.

aktuelle Vogel-Strauß-Politik keine Lösung, wolle man das Auseinanderbrechen der Gesellschaft noch verhindern.

---

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2012

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main